

# Steuerrecht

Die Presse Mittwoch, 11. Dezember 2024

BEZAHLTE SONDERBEILAGE

## Saftige Steuererhöhungen ante portas?

**Steuerpläne.** Mit Vermögens- und Grundsteuern das Budget sanieren: Ideen aus den aktuellen Regierungsverhandlungen ernten Kritik von Immobilieneigentümern und Rechtsexperten.



Immobilien Deals werden in Österreich sowohl beim Kauf als auch beim Verkauf besteuert. Nun soll auch die derzeit noch niedrige Grundsteuer steigen. [Getty Images/Byard]

VON ANDRÉ EXNER

Im Gemeindebund knallen bereits die Sektkorken: „Die Grundsteuer ist eine hundertprozentige Gemeindesteuer“, reagiert der Verband der mehr als 2000 Gemeinden Österreichs auf jüngste Aussagen des Bundeskanzlers, über eine Erhöhung der Gemeindesteuern für Immobilienbesitzer nachzudenken. „Seit Jahren fordert der Gemeindebund bereits eine Reform der Grundsteuer ein, da sie seit vielen Jahrzehnten nicht valorisiert wurde.“

### Dichtes Netz an Steuern

Anders sehen das Grund- und Immobilienbesitzer: Die meisten kommunalen Abgaben in Österreich seien gebühren- und nicht steuerfinanziert. Die Gemeinden hätten im Laufe der Jahre daher bereits andere, bessere und höhere Einkunftsquellen erschlossen. „Es gibt nichts aufzuholen“, so Martin Prunbauer, Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB): „Überhaupt ist im Immobilienbereich die Behauptung, dass Vermögen zu niedrig besteuert wird, nicht haltbar, da hier ein dichtes Netz aus Steuern, Abgaben und Gebühren besteht.“ Wer eine Immobilie anschaffe, verwende dazu bereits mehrfach versteuertes Geld, es folge die Eintragungsgebühr ins Grundbuch und es sei noch eine saftige Grunderwerbsteuer zu

zahlen. „Wird eine Immobilie verkauft, hält der Staat wieder die Hand auf, denn es muss die 30-prozentige Immobilienertragssteuer bezahlt werden“, zählt der ÖHGB-Präsident auf. Unterstützung bekommt er sowohl von der Arbeitgeber- als auch von der Arbeitnehmerseite, denn WKO und AK sind mit einer Grundsteuererhöhung ebenfalls nicht einverstanden.

Auch der Bauernbund ist dagegen: Höhere Grundsteuern würden Landwirte - die ja die größten Flächen ihr Eigen nennen - überproportional treffen und zu noch mehr Rechtsunsicherheit und Bürokratie führen. „Grund und Boden sind nicht verhandelbar“, findet Johannes Schmuckenschlager, Präsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich, klare Worte.

### Comeback alter Steuern

Saftige Abgaben auf Grund und Boden sind aber nicht die einzigen Ideen, das Budget statt - wie von den meisten Experten gefordert - ausgabenseitig doch über ein weiteres Schröpfen der Leistungsträger zu sanieren. Denn um in einem Land wie Österreich, wo weitaus weniger als die Hälfte der Menschen Nettozahler für das System sind und die Mehrheit davon profitiert, braucht es schon hohe Anstrengungen, um die Steuereinnahmen spürbar zu steigern. Diskutiert werden in den Regierungsverhandlungen daher nicht nur höhere - neben den Grundsteuern auch die CO<sub>2</sub>-Abgabe -, sondern auch neue Steuern. Genau genommen handelt es sich um das Wiederaufwärmen alter Ideen, die schon in der Vergangenheit nicht funktioniert haben, denn sowohl Vermögens- als auch Erbschafts- und Schenkungssteuern gab es in Österreich bereits, wie Steuer- und Rechtsexperten hinweisen. Sie wieder einzuführen, könnte daher trotz der Vorstöße der Politik am Verfassungsgerichtshof

scheitern. Die Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) will von einem Drehen an der Steuerschraube auch nichts hören: „Auch wenn das Budget konsolidiert werden muss: Der Weg darf nicht über neue oder höhere Steuern führen“, sagt Verena Trenkwalder, die Vorsitzende des Fachsenats für Steuer- und Sozialrecht im Institut für Facharbeit der KSW. „Die Politik muss jetzt energisch und verantwortungsvoll handeln, aber nicht nach Parteiinteressen entlang ideologischer Dogmen, sondern sachorientiert und kompetent. Wir brauchen so schnell wie möglich eine massive Reduktion der Steuerlast und eine Vereinfachung des Steuersystems.“

### Leistungsträger entlasten

Die Abgabenquote im Land mit den dritthöchsten Steuern der Welt noch einmal zu steigern, wäre der falsche Weg, erklärt Clemens Nowotny, Partner LeitnerLeitner Steuerberater Wirtschaftsprüfer mit Standorten in Linz und Wien (siehe Interview). Österreich habe nach Maßgabe der zuletzt veröffentlichten Daten des Jahres 2022 mit 43,1 Prozent des BIP die dritthöchste Abgabenquote innerhalb der OECD und werde nur von Frankreich (46,08 Prozent) und Norwegen (44,3 Prozent) übertroffen, so der Steuerexperte. „Zum Vergleich: Im Durchschnitt hatten die OECD-Länder 2022 eine Abgabenquote von rund 34 Prozent des BIP“, so Nowotny: „Leistungsträger mit noch höheren Steuern zu bestrafen, ist ein Signal gegen Leistung: Erspartes Finanzvermögen stammt aus verdientem und bereits einmal versteuertem Vermögen. Gerade der Mittelstand sollte entlastet und nicht noch weiter belastet werden.“

In dieselbe Kerbe schlägt auch der ÖHGB. „Eine zusätzliche Belastung wäre unverantwortlich: Wir brauchen Entlastungen, keine neu-

en Steuern“, betont Martin Prunbauer. Was die Politik macht, steht auf einem anderen Blatt - eine rein

ausgabenseitige Budgetsanierung hat in Österreich noch nie jemand versucht.

## WEIL WISSEN KEINE GRENZEN KENNT

IFRS Specialist | Zertifizierte Ausbildung  
Finanzberichterstattung int. vergleichbar machen  
Start: 03. März 2025, Wien oder online

11347

Int. Verträge erfolgreich gestalten  
Mit wertvollen Praxistipps  
14.-15. Mai 2025, Wien

10657

USt bei int. Geschäftsbeziehungen  
Best Practices kennenlernen  
08. April 2025, Wien oder online

10383

International M&A  
Grenzüberschreitende Akquisitionen managen  
26. Juni 2025, Wien oder online

10652

Nachhaltige Investments  
Grüne Finanzprodukte & Nachhaltigkeitsstrategien  
26. März 2025, Wien oder online

33179



Jetzt anmelden  
unter [ars.at](https://www.ars.at)

ARS  
Akademie



©iStock

### HOHE BELASTUNG

Die Steuerlast ist in Österreich sehr ungleich verteilt, wie Daten von Statistik Austria zeigen: Die oberen 20 Prozent der Steuerpflichtigen tragen vier Fünftel der Steuerlast. 55 Prozent erhalten aber durch Transferzahlungen 4,5 Mal mehr, als sie einzahlen.